

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

13.12.1929 (No. 291)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Zeitung Nr. 14
Kreuzstraße
Nr. 958
und 954
Postkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Kneub,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2,25 RM. einschl. Postgebühren. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. Preise und Geben frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Strasse 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, Zwangsverfügung, Zwangsversteigerung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Die sogenannte Reichsverbandsprüfung der nichtstaatlichen Lehranstalten

Es wird erneut darauf hingewiesen, daß die sog. „Reichsverbandsprüfung“, die an nichtstaatlichen Lehranstalten in Baden und im übrigen Reich abgehalten wird, durchaus privaten Charakter hat. Diese Prüfung soll jungen Leuten, denen die Reife für Obersekunda fehlt, Gelegenheit geben, ein „Mindestbildungsmaß“ für den Eintritt in bestimmte Berufe oder Fachanstalten nachzuweisen. Der Reichsschulausschuß hat seiner Zeit die Anschauung vertreten, daß zu einer solchen Prüfung ein Bedürfnis nicht vorliege. Nachdem die Einjährig-Freiwilligenprüfung, die früher vor einer besonders eingesetzten Kommission abgelegt werden konnte, durch das Reich aufgehoben sei, könne auch einer Ersatzveranstaltung für diese Prüfung staatslicherseits eine Bedeutung nicht beigelegt werden. Die frühere Einjährig-Freiwilligenprüfung werde lediglich durch die an einer öffentlichen Lehranstalt abgelegte Prüfung zum Nachweis der Reife für die Obersekunda ersetzt.

Mit der Reichsverbandsprüfung ist demnach keine Berechtigung für eine Laufbahn im staatlichen Dienst verknüpft, und es kann auch ihr Bestehen nicht von der Ablegung einer Aufnahmeprüfung für die Obersekunda einer öffentlichen Lehranstalt befreit werden.

Die Regierungserklärung im Reichstag

Die Rede des Reichskanzlers

Der Reichstagsaal bot am Donnerstag das Bild des sogenannten „Großen Tages“. Man müßte in diesem Falle eigentlich von einer großen Stunde reden, denn die um 3 Uhr eröffnete Sitzung war schon um 4 Uhr zu Ende. In Erwartung der Regierungserklärung waren die Abgeordneten in ausnahmsweise großer Zahl erschienen, die Tribünen waren dicht besetzt, und das Ministertisch war vollständig besetzt.

Reichskanzler Müller, dessen Rede keine Spuren der überwindenen Krankheit zeigte, beschäftigte sich zunächst mit dem Memorandum des Reichsbankpräsidenten. Er war dabei sehr gemäßigt in der Form, erkannte auch die hohen Verdienste des Reichsbankpräsidenten als Pariser Unterhändler an, aber er wiederholte die Feststellung, daß das Memorandum nach den unmittelbar vorausgegangenen persönlichen Verhandlungen die Regierung befremdet habe. Die Vorwürfe des Reichsbankpräsidenten suchte der Reichskanzler im einzelnen zu entkräften, vor allem mit dem Hinweis darauf, daß der Grund für die späteren Enttäuschungen in der Nichtdurchführung der deutschen These bei den Pariser Verhandlungen liege. Die lange hinausgezögerte des Finanzetats und des Finanzprogramms begründete Reichskanzler Müller damit, daß man auf einen früheren Abschluß der Verhandlungen über den Youngplan gerechnet habe.

Er ging dann auf die einzelnen Punkte des Finanzprogramms ein, oft durch höfliche Zurufe der Kommunisten und der Nationalsozialisten unterbrochen. Er man an die von der Regierung gewünschte Entlastung der Wirtschaft herangehen könne, müsse vor allem der Haushalt in Ordnung gebracht werden. Der mit der Sparkommission des Reichstages vereinbarte Etat für 1929 habe die Einnahmen zu hoch und die Ausgaben zu niedrig eingeschätzt, so daß ein beträchtlicher Fehlbetrag zu erwarten sei. Mit dem Ausdruck der ernstesten Sorge besprach der Kanzler die bedrückte Kassenlage des Reiches. Beim Jahresende werde ein Fehlbetrag in der Reichskasse von über 330 Millionen vorhanden sein. Die Reichsfinanzen und damit die ganze deutsche Wirtschaft würden die schmerzlichen Erschütterungen erleiden, wenn nicht noch vor Beendigung der gesamten Finanzreform durch Sondermaßnahmen sofort Geld beschafft wird. Darum sei die Intraffizierung der Tabaksteuererhöhung und der Beitrags-erhöhung für die Arbeitslosenversicherung schon am 1. Januar unbedingt erforderlich.

Der Reichskanzler richtete am Schluß seiner Rede den dringenden Appell an die Regierungsparteien, dem Beispiel der Regierung zu folgen und unter Zurückstellung parteipolitischer Bedenken sich auf der Grundlage des Regierungsprogramms zu erklären. Bekomme die Regierung nicht ein Vertrauensvotum vom Reichstag, so könne sie nicht zu der für Januar vorgesehenen Haager Konferenz gehen.

Am Schluß der Kanzlerrede gab es wenig Beifall. Die Regierungsparteien wollten sich zuerst darüber schlüssig werden, ob sie den von der Regierung gewiesenen Weg betreten könnten. Um den Fraktionen dafür Zeit zu geben, wurde nach der Kanzlerrede die Sitzung abgebrochen und die Aussprache auf heute, Freitag, 1 Uhr vertagt.

Das Reichsehrenmal. Der Reichsminister des Innern beabsichtigt nunmehr, da alle in Betracht kommenden Gebiete von Besatzung frei sind, der Frage der Errichtung eines Reichsehrenmals näherzutreten.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion wählte einstimmig den Abg. Dr. Oberfohren an Stelle des zurückgetretenen Grafen Westarp zum Fraktionsvorsitzenden. — Die deutschnationale Arbeitsgemeinschaft hat einstimmig den Abg. Treviranus mit der Führung der Geschäfte betraut.

Letzte Nachrichten

Vor der Finanzdebatte

Noch keine Einigung unter den Regierungsparteien

M. Berlin, 13. Dez. (Priv.-Tel.) Die seit heute morgen fortgesetzten Verhandlungen der Führer der Regierungsparteien mit dem Reichskanzler sind heute mittig gegen 1 Uhr ergebnislos abgebrochen worden und sollen nicht wieder aufgenommen werden. Es ist nicht gelungen, eine Einigung über die Vertrauensformel für die Reichsregierung zu finden. Nach dem Ergebnis der bisherigen Aussprache werden also — dies ist die Lage um 1 Uhr mittags — die Regierungsparteien gesonderte Erklärungen abgeben. Wie unter diesen Umständen die Abstimmung ausfällt, ist nicht abzusehen.

Der Reichstagspräsident hat die Absicht, die Debatte heute unter allen Umständen zu Ende zu führen, und man rechnet infolgedessen unter Umständen mit einer Abstimmung um Mitternacht. Soweit man bisher urteilen kann, werden Demokraten, Deutsche Volkspartei und Zentrum für die Reichsregierung eintreten, wahrscheinlich auch die Bayerische Volkspartei, so daß die Sozialdemokraten als einzige Regierungspartei die Entscheidung in der Hand haben.

Wie weiter dazu gemeißelt wird, stand im Vordergrund der Verhandlungen die Formel für das Vertrauensvotum. Dabei wurde die Frage erörtert, ob das Votum nicht so gefaßt werden könnte, daß der Reichstag sein Vertrauen mit der Erwartung begründet, daß die Regierung das Finanzprogramm durchführt. Diese Formel wurde aber von der Deutschen Volkspartei nicht akzeptiert. In gewissen parlamentarischen Kreisen rechnet man aber noch immer mit der Möglichkeit, daß die interfraktionellen Verhandlungen von irgendeiner Seite in Gang gebracht und zu einem befriedigenden Ende geführt werden. Die Abstimmung könnte sich unter diesen Umständen also noch etwas weiter hinausziehen.

Die Plenarsitzung des Reichstags ist auf 3 Uhr vertagt worden. In der Debatte im Plenum werden für die deutschnationale Volkspartei die Abgeordneten Quack und Dr. Oberfohren sprechen, für die Wirtschaftspartei Drewnig und Kolosser, für die deutschnationale Arbeitsgemeinschaft von Lindener-Wildau, für die Kommunisten Dr. Neubauer und Zorger, für die Nationalsozialisten Dr. Feder und für die Volkspartei Dr. West. Wie die Regierungsparteien ihre Erklärungen abgeben, steht nach dem Obigen noch nicht fest.

Entspannung in China

Erfolge Nanjings

WZ. Nanjing, 13. Dez. (Tel.) Die letzten Ereignisse deuten darauf hin, daß die Lage der Regierung günstiger ist, als es noch vor zwei Tagen den Anschein hatte. Der Beschluß der Zentrale der Komintern, den Führer des nationalsozialistischen linken Flügels, Wang Tschingwei, aus der Partei auszuschließen, und die Veröffentlichung des Telegrammwechsels zwischen Tschiang Kai-schek und dem Gouverneur von Schansi, Yen Tschang, der seine Loyalität gegenüber Nanjing zum Ausdruck bringt, werden hier als Beweis dafür betrachtet, daß von dem angeklagten Zusammenbruch der Nanjingregierung keine Rede sein könne.

Alle Nachrichten deuten darauf hin, daß die Regierung nördlich von Kanton einen Sieg davongetragen hat und den Feldzug gegen den in Sonan reaktivierenden General Tangfengtschi aktiv vorbereitet.

Die Nordmandschurei bolschewistisch?

WZ. Paris, 13. Dez. (Tel.) „Chicago Tribune“ berichtet aus Peiping, daß aus Charbin einflussreiche Meldungen bestätigen, daß die jungmongolische Partei eine mongolische Republik im Barga-Distrikt in der Nordmandschurei, mit Hailar als Hauptstadt errichtet habe. Die Mongolen bereiten eine Erklärung vor, die die Unabhängigkeit von China proklamieren. Die neue Regierung wolle nach sowjetischen Grundfahnen arbeiten. Es sei darauf hinzuweisen, daß diese Bewegung deshalb Beachtung verdiene, weil der Barga-Distrikt ein wichtiges Gebiet der ostchinesischen Eisenbahn, einschließlich der Bergwerke, umfasse, das bisher der Hauptlieferant für die ostchinesische Eisenbahn gewesen sei.

Neue russische Angriffe in der Mandschurei

WZ. Münden, 13. Dez. (Tel.) Wie amtlich mitgeteilt wird, setzen die Russen ihre militärischen Operationen fort. Sie haben die chinesischen Stellungen bei Pokoto im Chingangebirge angegriffen und bombardiert.

Abstimmungs-korrekturen in Frankreich

WZ. Paris, 13. Dez. (Tel.) Wie „La République“, das Blatt Daladiers, feststellt, sollen nachträgliche Abstimmungsberichtigungen von mehreren im Verlauf der Budgetberatung vorgenommenen Abstimmungen eine neue Niederlage der Regierung ergeben haben. Bei einer, die Wiedereinstellung von Eisenbahnern betr. Abstimmung sei das ursprüngliche Stimmenverhältnis 315 gegen 262 durch nachträgliche Berichtigungen auf 298 gegen 290, also eine Stimme Minderheit, zusammengekommen. Die Regierung hatte bei dieser Abstimmung die Vertrauensfrage gestellt.

*Die Reichsregierung vor dem Parlament

An dem Finanzprogramm der Reichsregierung ist zweifellos das Beste, daß es überhaupt zustande kam und nun endlich dem Parlament und der Öffentlichkeit unterbreitet wurde. Die Initiative der Reichsregierung, die in den letzten Monaten vernachlässigt wurde, ist jetzt da, und das Finanzprogramm ist der sichtbare Ausdruck dieser Initiative. Gesehenswürdig oder auch nur Referentenentwürfe liegen bis jetzt allerdings nicht vor. Dadurch kommt in die ganze, sonst erfreuliche Aktion, ein bedauerliches Moment der Unsicherheit. Und das ist ganz besonders vom Standpunkt der Länder aus zu beklagen.

Die Länderregierungen wissen nicht, wie sich im einzelnen das Programm auf die eigenen Landesfinanzen auswirken wird. Einzelne Vorschläge rufen jedenfalls schon jetzt ernste Bedenken und Sorgen hervor. Vor allem: die eine Sorge, daß man versuchen könnte, aus der Hand der Länder die Riemen zu schneiden, mit denen man eine auseinandergefallene Reichsfinanzwirtschaft wieder zusammenbindet. Während alle verständigen Politiker gerade umgekehrt eine größere Selbstständigkeit der Länder in finanzieller Hinsicht für das einzig Richtige und Erstrebenswerte halten, scheint es so, als ob die Tendenz der Finanzreform, soweit sie sich auf das Verhältnis von Reich und Ländern bezieht, eher nach der Richtung einer weiteren Ausschöpfung der finanziellen Selbstständigkeit und Leistungsfähigkeit der Länder gehen könnte. Gewiß löst die Veröffentlichung der Reichsregierung die meisten Fragen in dieser Beziehung noch unbeantwortet, sie befristet sich mit allgemeinen Andeutungen; und auch die gestrige Rede des Reichskanzlers vermeidet zu diesem Punkt nähere Erklärungen.

Sei dem aber, wie ihm wolle: die Tatsache der Initiative der Reichsregierung ist zu begrüßen, und niemand wird daran denken, den Finanzreformplan durch eigen-sinnige Kritik zu erschlagen. Gerade in den Ländern hat man jene Initiative schmerzlich vernachlässigt, weil man davon überzeugt ist, daß eine Gesundung der öffentlichen Finanzen nur dann möglich ist, wenn das Reich erst selbst einmal seinen eigenen Haushalt in Ordnung bringt und von sich aus das Notwendige tut, um die Wirtschaft, die doch schließlich in steuerlicher Hinsicht die zu merkende Auh darstellt, von überflüssigen Lasten zu befreien und aus dem Zustand einer immer bedrohlicher werdenden Krise in Verhältnisse überzuführen; die wenigstens eine leidliche Prosperität garantieren; denn von dieser Prosperität hängen das Steueraufkommen, die Kräftigung des inneren Marktes und die Beseitigung oder Einschränkung der Arbeitslosigkeit ab!

Reichskanzler Müller hat gestern mit einer ruhigen Festigkeit das Finanzprogramm begründet. Die Reichskasse benötigt, wie er darlegte, zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen Ende Dezember unter allen Umständen einen Kredit von 330 Millionen. Diesen Kredit bekommt das Reich nur dann, wenn das Parlament dem Finanzreformplan zustimmt und gewisse Punkte dieses Planes sofort ausgeführt werden. Der Reichsbankpräsident und sein Urteil spielt bei alledem eine entscheidende Rolle. Aus den heute vorliegenden Meldungen ist nicht klar zu ersehen, ob Herr Schacht die Erhöhung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung und die Erhöhung der Tabaksteuer schon als ausreichende Bedingungen für seine Zustimmung, für seine Empfehlung des Kredits ansieht oder nicht.

Wie sehr die Reichsregierung auch aus außenpolitischen Gründen (Haager Konferenz) auf das Vertrauensvotum des Reichstags angewiesen ist, hat der Reichskanzler gestern mit überzeugender Klarheit dargelegt. Auch was er über das Steuererfassungsprogramm sagte, wird sicherlich nicht ohne Eindruck bleiben. Nach seinen Worten umfaßt dieses Programm für 1930 eine Steuererfassung von genau 915 Millionen. Sehr eindringlich hat der Reichskanzler erklärt, eine dauernde Senkung der Reichsausgaben sei nur mit Hilfe einer zweckmäßigen Verwaltungsorganisation möglich.

Das ist eine sehr dankenswerte Erklärung. Alles kommt jetzt darauf an, daß man aus dieser Einsicht die richtigen Konsequenzen zieht. Ohne sehr einschneidende Maßnahmen wird man allerdings wirkliche Erfolge nicht erzielen. Jedenfalls müssen auf jedem nur irgend gangbaren legalen Wege die Voraussetzungen geschaffen werden, um die Elefantiasis, die krankhafte Aufblähung unseres Beamtenkörpers, zu beseitigen und die Gehalts- und Lohnfrage in einer Weise zu regeln, die der faktischen Lei-

Kundgebungsfähigkeit entspricht. Wenn zehn Kinder Apfel bekommen sollen, und es sind nur fünf Äpfel da, dann ist es eine Unmöglichkeit, jedem Kind einen Apfel zu geben. Zehn Jahre lang hat man dieses Kunststück versucht. Über das Ergebnis braucht man sich eigentlich jetzt nicht zu wundern.

Heute nehmen die Parteien im Reichstag zu dem Finanzreformplan und der Erklärung des Reichskanzlers Stellung. Man hofft, daß die Abstimmung noch heute abend oder heute nacht stattfinden wird. Jetzt schon über die Möglichkeiten dieser Abstimmung zu sprechen, halten wir für verfrüht. Wir wollen die Tatsachen abwarten und werden morgen über sie berichten.

Eine Kundgebung des Reichsverbandes der Industrie

Für Reform der Wirtschafts- und Finanzpolitik

Am Donnerstag trat in Berlin der Reichsverband der deutschen Industrie zusammen, um eine Kundgebung für eine Reform der deutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik zu veranstalten. Man schätzte die Zahl der Teilnehmer auf 2500. Der Reichsaussenminister, sowie der Reichswirtschaftsminister waren trotz ihrer starken Inanspruchnahme erschienen.

Geheimrat Duisberg begrüßte die Gäste, in erster Linie die Minister, den Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn sowie Reichsbankpräsident Dr. Schacht. Die Teilnehmer nahmen die Gelegenheit wahr, dem Reichsbankpräsidenten eine stürmische Guldigung darzubringen. Geheimrat Duisberg führte u. a. aus, daß das deutsche Unternehmertum in seiner Gesamtheit jeden Zweifelsmoment genau so wie jede Katastrophenpolitik aufschärft ablehnt. Die vollständig verzerrte Wirtschafts- und Finanzpolitik der letzten Jahre verlangte aber eine Umkehr, die noch möglich sei. Es darf auch nicht halbe, sondern es muß ganze Arbeit sein, die gemacht wird. Kompromisse helfen und nicht mehr.

Reichswirtschaftsminister Dr. Wolbenhaar wendet sich gegen die Auffassung, daß die kapitalistische Wirtschaftsordnung ihrem Ende nahe sei. Er glaube vielmehr, daß auch das kapitalistische Wirtschaftssystem dazu berufen sei, die Gesundung in Deutschland wieder herbeizuführen. Natürlich sei dieses System gewissen äußeren Wandlungen unterworfen, und zu diesen Wandlungen gehöre auch die Sozialpolitik. Das ganz große Problem des Tages sei die Finanzreform. Die Denkschrift des Reichsverbandes sei der Regierung außerordentlich wertvoll gewesen. Das Programm, das die Reichsregierung vorgelegt habe, werde vielen unzulänglich erscheinen. Man möge aber den Versuch nicht mit Kritik zudecken, damit er nicht im Keime erstickt werde. Man müsse daran denken, daß dieses Programm zustande gekommen sei in einem Kabinett, in dem vier sozialistische Minister sitzen. Es sei der erste Wille der Reichsregierung, diesen Plan in allen Punkten durchzuführen und sich nicht etwa auf das Sofort-Programm zu beschränken.

Nach dem Reichswirtschaftsminister sprach der erste Hauptreferent, Georg Müller (Oberlinghausen) über „Wirtschaft und Sozialpolitik“. Darauf hielt Dr. Paul Silberberg ein Referat über Steuer- und Finanzpolitik, wobei er davon ausging, daß Industrie, Handel und Landwirtschaft unter einem empfindlichen Mangel von Betriebs- und Anlagekapital leiden. Nach einer Kritik der bisherigen Finanzwirtschaft forderte er eine Beseitigung der Lohnsteuer und vollständige Aufhebung der Kapitalertragsteuer. Es sei nötig, den Genußmittelverbrauch in größerem Umfang zum Steuerträger zu machen.

Die Zolltarifvorlage im Reichsrat

Der Reichsrat erledigte am Donnerstag die Zolltarifvorlage.

Ein bayerischer Antrag, von dem System der gleitenden Zölle überhaupt abzusehen, wurde mit 88 gegen 80 Stimmen abgelehnt. In nochmaliger namentlicher Abstimmung wurde das System der gleitenden Zölle für die Getreidezölle mit 48 gegen 28 Stimmen angenommen. Der Zollfuß für Roggen wurde derart festgesetzt, daß er normal 7 M für den Doppelzentner beträgt. Er steigt auf 9 M, wenn der Preis für die Tonne 240 M unterschreitet. Der Zoll für Futtergerste wurde vom Plenum auf 5 M für den Doppelzentner festgesetzt. Abgelehnt wurde ein Antrag Bayerns auf Erhöhung des Hopfenzolls. Unverändert angenommen wurden die neuen Viehzölle. Abgelehnt wurde ein Antrag Bayerns auf Erhöhung der Käsezüge.

Angenommen wurden dagegen die Ausschlußbeschlüsse betr. Erhöhung der Kammgarnzölle, der Baumwollgarnzölle und der Zölle für Baumwollgewebe gegen den Widerspruch der Regierung. Weiter wurden genehmigt die in der Regierungsvorlage enthaltenen Erhöhungen der Schuhzölle und der neue Aluminiumzoll. In der Gesamtstimmabstimmung stimmte nur Bremen gegen die Zollvorlage.

Zeittheater

Krisis

Schauspiel in drei Akten von Rolf Landner

In Szene gesetzt von Dr. Walther Landgrebe

Die Aufführung des zweiten Werkes aus dem Zeittheaterzyklus, Rolf Landners „Krisis“, bestatigte im ganzen den hier vor wenigen Tagen veröffentlichten literarischen Vorbericht. Namentlich empfand man die Konstruktion des Kindswunsches der Ehefrau durch die Freundin als unendlich und ebenso sehr das programmatische Frauenreichende.

Dr. Walther Landgrebe hatte das Werk in Szene gesetzt und mit Unterstützung durch Lorsten Fecht einen passenden Bildrahmen gefunden. Es fehlte aber an minutiöser Durcharbeit der Spielführung. Durch die Türe links verschwindet einmal die Gastfreundin, um in ihr Zimmer zu gehen, dann wieder ist die gleiche Türe der Eingang zum Speisezimmer; das Klavier beginnt zu tönen, bevor der Hausherr die Tassen berührt; die bedeutsame Verwechslungsjene verliert alle Wahrscheinlichkeit, da der Platz der Gattin zu hell beleuchtet ist. Überhaupt fehlte der Spielführung die Straffung, sie war zu aufgelockert naturalistisch.

Die drei Einzeldarsteller verdienen alles Lob. Stefan Dahlen als Stefan Herlet war ganz der siegesbewußte, verantwortungslose Frauenjäger, der im Texte steht; charakterlos, schwach, selbstbewußt, fadmant, brutal, feige; kein angenehmer Zeitgenosse, aber immerhin ein Typus. Fräulein Vertram als Ehefrau Antonie bemühte sich, die Zweifeltätigkeit der Rolle herauszuarbeiten, wobei sie die innerlich vorhandene Liebe zu dem Mann vielleicht stärker als nötig unterdrückte.

Wirtschaftliche Umschau

Industriezölle: Aluminium, Schuhe, Baumwollgarn und -gewebe — Vereinheitlichung bei den Beamtenbanken

Die Zollvorlage der Reichsregierung, die nun vom Reichsrat verabschiedet worden ist, enthält neben den an dieser Stelle schon besprochenen Agrarzöllen auch Industriezölle, die von der Industrie verlangt, gegen die aber von anderer Seite Bedenken allgemeiner Art erhoben wurden und werden. Das Hauptargument ist das, daß Schutzzölle auch industrieller Art der deutschen Produktion den Absatz ins Ausland erschweren, da sie Gegenmaßnahmen hervorrufen müssen. Die deutsche Industrie, die im ganzen der Auslandsindustrie ebenbürtig sei, brauche nicht in dem Maß staatlichen Schutz wie die Landwirtschaft, sondern im allgemeinen vielmehr freien Spielraum für den Absatz. Man möge im Gegenteil gegen fremde Zollermäßigungen eigene anbieten. Dagegen wird eingewendet, daß die neuen Schutzzölle nur für besonders gelagerte Fälle einzelner Industrien in Betracht kommen, und daß sie auch nicht als gesetzliche Mindestzölle, sondern als herabsetzbare autonome Zölle vorgeschlagen werden.

Vorgeschlagen wird von der Reichsregierung, das bis jetzt allerdings liberal gehandhabte Aluminium-Einfuhrverbot in einen Aluminiumzoll umzuwandeln. (25 M für den Doppelzentner, etwa 15 Proz. des Wertes für Rohaluminium, 37 M für Halbfabrikate, bisher 12 M, und 20 M für Bruchaluminium.) Die verarbeitende Industrie, die zuerst dem Zoll widersprach, hat sich mit den Rohaluminiumproduzenten geeinigt. Aluminium wird in Deutschland in der Hauptsache aus Auslandszoll (Bauxit) auf elektrochemischem Weg gewonnen. Ein wichtiges Aluminiumwerk, 1898 als das erste in Deutschland begründet, besitzt in Rheinfelden; es gehört einem Schweizer Konzern an. Auch eine Reihe bedeutender aluminiumverarbeitender Industrien hat sich hauptsächlich im Süden unseres Landes niedergelassen. Erst dieser Lage wurde über den Zusammenschluß der Vereinigten Aluminiumwerke Singen-Tenningen, Werk Bilingen, berichtet. Die wichtigsten deutschen Grobherzeugungsstätten sind die reichseigenen Lautawerke (in der Lausitz), das Werk in Grevenbroich sowie das bayerische Werk in Tübingen am Inn. Die ersten beiden Werke stützen sich auf Braunkohle, das bayerische Werk, das mit ihnen in der Vereinigten Aluminiumwerke-AG. zusammengeschlossen ist, auf Wasserkraft. Die deutschen Aluminiumwerke arbeiten hauptsächlich deshalb auf den Zoll hin, weil sie sich durch die Einfuhr von Bruchaluminium geschädigt fühlen und dieses durch deutsches Sittentaluminium ersetzen wollen, um ihre Kapazität besser auszunutzen zu können. Die Aluminiumindustrie arbeitet übrigens wohl durchweg befriedigend.

Weiter steht die Vorlage die Erhöhung der Schuhzölle zunächst bis Ende 1934 vor, die dann wieder herabgesetzt werden sollen. Es ist der Plan eines Erziehungszolls, um der deutschen Industrie Gelegenheit zu geben, sich gegen die tschechoslowakische Konkurrenz zu machen. Der größte tschechoslowakische Fabrikant, der „Schuhkönig“ Bata, will deshalb nun in Deutschland eine Fabrik errichten und hat gedroht, sie auf das großzügigste auszubauen, wenn Deutschland die Schuhzölle erhöhe. Andernfalls werde er in Deutschland in der Hauptsache nur für den Export arbeiten und einige Sorten von Volksschuhen erzeugen. Auch will er die eigene Verkaufsorganisation in Deutschland aufgeben, um die deutsche Industrie als Verbündete für seine Pläne zum Ausbau einer Weltschuhwirtschaft und gegen die geplante deutsche Zollerrhöhung zu gewinnen.

Außerdem liegen schon seit längerem Anträge auf Erhöhung der Zölle für Baumwollgarn und -gewebe vor, wozu das Reichswirtschaftsministerium zu einer Untersuchung der Lage der deutschen Baumwollindustrie veranlaßt hat. Das Ergebnis bezieht sich auf die Angaben der Industrie über ihre ungünstige Lage im allgemeinen als zutreffend. Zunächst hat die übersteigerte Bedarfsdeckung

nach der Inflation jetzt einen Rückgang des Absatzes herbeigeführt, wobei obendrein die Produktionsmittel in den letzten Jahren verstärkt worden sind. Durch die teilweise Ausschaltung des Großhandels infolge unmittelbaren Warenbezugs der Einkaufskonzerne und Warenhäuser wird die Industrie nun mehr als bisher von den Schwankungen des Absatzes und der Mode betroffen. Die Einengung des Inlandmarktes und der Verlust der Auslandmärkte führten zu gegenseitigen Unterbietungen. Es sei ausgeschlossen, in den üblichen Stapelartikeln gegen das Ausland zu konkurrieren, nur in Qualitätswaren sei dies möglich. Im wesentlichen werde die Industrie auf den Inlandmarkt angewiesen bleiben, auf dem die Preise unter den Auslandpreisen zuzüglich Zoll liegen, und sogar unter den Selbstkostenpreisen. Als letztes Hilfsmittel wird daher die Verstärkung des Zollschutzes für Baumwollgarn und Baumwollgewebe bezeichnet. Aber auch hier sei eine Wirkung auf längere Zeit nur möglich, wenn die Belastung im Verhältnis zum Ausland nicht weiter gesteigert werde und außerdem die Industrie selbst sich durch Zusammenfassung und größere Spezialisierung rationalisiere.

Das Gutachten ist wohl dahin auszugehen, daß den gegenwärtigen Schwierigkeiten durch eine Zollerrhöhung allein nicht zu begegnen ist, und daß die in dem Bericht vorgeschlagene Steuerbefreiung der Umsätze von den Spinnern zu den Webern (durch welche etwa 2 Proz. der Fabrikations- und Betriebskosten in den Spinnereien erspart werden könnten) und die Selbsthilfemaßnahmen vordringlicher seien. Auch ist nicht zu übersehen, daß erhöhte Zölle erhöhte Preise bringen, bei denen die Gefahr weiterer Konsumrückgangs bei der heutigen geringen Kaufkraft besteht. Der Reichsrat hat jedoch mit Mehrheit der Erhöhung dieser Zölle zugestimmt, und außerdem eine von den Ausländern neubeantragte Erhöhung der Kammgarnzölle beschloßen. Die Reichsregierung hat sich hier Doppelvorlagen an den Reichstag vorbehalten.

Die Handelskammer für die Kreise Vörrach und Waldsüt hat in diesem Sommer eine Denkschrift über die Lage der oberbayerischen Baumwollindustrie veröffentlicht, in der darauf hingewiesen wird, daß in Baden in 38 Betrieben 16 687 Personen beschäftigt werden. Es wurde damals besonders auf die Mängel des deutsch-französischen Handelsvertrags und darauf hingewiesen, daß die bayerische Industrie vor allem durch die in jeder Hinsicht günstiger arbeitende französische Konkurrenz, aber auch durch das übrige Ausland, wie Italien und dessen niedrige Löhne, bedroht sei. Dazu kommen die durch die ungünstige geographische Lage entstehenden erhöhten Frachtkosten, auf welche dieser Lage in einer neuen Entschleunigung der geographischen Handelskammer hingewiesen wurde. Auch diese Denkschrift fordert eine bewußte Politik zur Anpassung der Produktion an die Erfordernisse des Marktes durch die Industrie selbst, unter Unterstützung durch die öffentlichen Körperschaften.

Die Nachrichten, daß die deutschen Beamtenbanken im Einvernehmen mit den ihnen nahestehenden Organisationen, dem Deutschen Beamtenbund und dem Deutschen Beamtenwirtschaftsbund, unter Gründung eines neuen Instituts sich an die D.D.-Bank anlehnen würden, welche die Garantie für sämtliche Einnahmen übernehmen werde, haben sich als verfrüht erwiesen. Zwar schwebten solche Verhandlungen, der Deutsche Beamtenbund schien auch bereits zugestimmt, aber im Beamtenwirtschaftsbund, der die Majorität der Deutschen Beamtenzentralbank besitzt, erklärte man eine Anlehnung an die Preußenkasse für günstiger als eine solche an eine Privatbank. Hiermit erklärte sich nun auch der Deutsche Beamtenbund einverstanden.

Die neu begründete „Reichszentralkasse der deutschen Beamten e. G. m. b. H.“, die eine Anzahl Beamtenbanken vereinigt, mit dem vorläufigen Sitz in Karlsruhe, wird sich an die Preußenkasse anlehnen, und das Projekt der D.D.-Bank ist dadurch gescheitert. Die Beamtengeldwirtschaft hat damit den seit langem geforderten Weg der Vereinheitlichung beschritten. Nur noch die von der Dresdener Bank zur Übernahme der Kundschaft der beiden insolvent gewordenen Berliner Beamtenbanken gegründete „Kreditanstalt für deutsche Beamte und Angehörige“ steht außerhalb, aber auch hier wird man wohl in irgendeiner Form den Anschluß suchen. Außerdem ist noch die Umformung der bestehenden Beamtenzentralbank notwendig. Sie soll Genossenschaftsmittel der neuen Reichszentralkasse werden, wodurch sie in den Genuß der von der Preußenkasse eingeräumten Kredite kommt, mit denen diese bis zu 7 Mill. Reichsmark gehen will.

Ein Schritt Severings bei der „Notgemeinschaft“. Die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft hat, wie das Reichswirtschaftsministerium laut „Voss. Ztg.“ mitteilt, die Veröffentlichung eines Buches von Professor Ludwig Schemann in Freiburg unterstützt, in dem sich antimilitärische Schimpereien und politische Ausfälle fanden. Der Reichsminister des Innern hat daraufhin bei der Notgemeinschaft Vorstellungen erhoben, worauf die Notgemeinschaft Professor Schemann die Unterstützung entzogen hat.

Eine Reichsregierung in Thüringen. Die Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei hat die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen, die Wirtschaftspartei und die Deutsche Volkspartei zu einer Vorbesprechung über die Regierungsbildung zum Dienstag, 17. Dezember, eingeladen. Diese Bemühungen des Landbundes gehen entsprechend dem Ausschluß der Bauern darauf hinaus, eine neue Ordnungsbundregierung ohne Beteiligung der Demokraten, zu bilden. Die Nationalsozialisten fordern angeblich das Innenministerium.

Ihre differenzierte, fein durchgearbeitete Darstellung verdient alle Anerkennung. Fräulein Schreiner war bestrebt, der Freundin Glanz Melodie Glaubhaftigkeit zu verleihen, ohne daß es ihr ganz gelang; ihre Glanz wirkte nicht überzeugend, wobei aber gerade an ihr das Konstruktive, Erklügelte des Stückes sich besonders bemerkbar macht; es fehlte ihrer Darstellung die Sinnlichkeit, die die Rolle verlangt, ohne sie allerdings vom Dichter in genügender Zuteilung empfangen zu haben. Das Publikum zeigte wenig Interesse für das Stück, aber Dankbarkeit für die Darsteller.

Prof. Dr. Karl Holl.

Eröffnung der Mag-Läger-Ausstellung in der Städtischen Kunsthalle Mannheim. Am Sonntag, den 15. Dezember, morgens 11½ Uhr, wird die große Mag-Läger-Schau vor geladenem Kreise in der Mannheimer Kunsthalle eröffnet. Die Ausstellung ist von 1 Uhr mittags an dem allgemeinen Besuch zugänglich. Wie schon kurz berichtet, handelt es sich bei dieser neuesten Veranstaltung der Städtischen Kunsthalle um eine zusammenfassende Darstellung des Lebenswerks Mag Längers als Architekt, Maler, Plastiker, Keramiker und Lehrer. Die Ausstellung wird veranstaltet anlässlich des 65jährigen Geburtstages Prof. Längers. Sie ist für Südwestdeutschland besonders wichtig, weil Länger als geborener Vörracher und langjähriger Lehrer an der Technischen Hochschule in Karlsruhe mit dem bayerischen Kunstleben der letzten vier Jahrzehnte aufs innigste verbunden ist, gleichzeitig aber mit seinen keramischen Leistungen zu Beginn unseres Jahrhunderts internationalen Ruf erworben hat. In Mannheim war Länger besonders populär wegen seiner gärtnerischen und architektonischen Mitwirkung an der Gartenbauausstellung 1907.